

# XIII.

---

## Resolution zur Frage des politischen Massenstreiks, beschlossen auf dem Parteitag der SPD in Jena 1913

### *Vorbemerkung des Herausgebers*

*Im Gegensatz zu der reformistischen bzw. revisionistischen Linie der Verlagerung der Aktivitäten der politischen Arbeiterbewegung fast ausschließlich auf die Parlamentsebene und aus Furcht vor einer Beschränkung des Reichstagswahlrechts suchten die Vertreter der Linken seit 1904/05 eine Verbindung des parlamentarischen und des außerparlamentarischen Kampfes mit Hilfe der Propagierung des politischen Massenstreiks zu erreichen, eine Taktik, die durch die Ereignisse der russischen Revolution von 1905 noch bestärkt wurde. Die deutschen Gewerkschaften, die eine Gefährdung ihrer mit großer Mühe aufgebauten Massenorganisationen durch die Debatte um den politischen Massenstreik befürchteten, zum anderen nicht gewillt waren, sich der Partei zu unterstellen, lehnten auf ihrem 5. Kongress in Köln im Mai 1905 nicht nur den politischen Massenstreik selbst ab, sondern auch die Diskussion um dieses Problem. Die SPD ließ sich hiervon jedoch nicht festlegen und beschloss auf dem Jenaer Parteitag vom Juni 1905, »die umfassendste Anwendung der Massenarbeitseinstellung« als eines der wirksamsten Kampfmittel zur Verteidigung des Reichstagswahlrechts und des Koalitionsrechts zu betrachten. Aber auch diese vorsichtige Formulierung war in Partei und vor allem Gewerkschaften stark umstritten. Der nächste Parteitag (September 1906 in Mannheim) bestätigte zwar formal die Jenaer Resolution, machte jedoch deren eventuelle Anwendung von einer Verständigung der Partei mit den Gewerkschaften abhängig. Auch auf den Internationalen Sozialistenkongressen in Stuttgart (1907), Kopenhagen (1910) und Basel (1912) suchten die Linken einen Beschluss über den politischen Massenstreik, vor allem über die Verpflichtung zum Generalstreik zur Verhütung imperialistischer Kriege, durch-*

*zusetzen, waren jedoch insbesondere aufgrund des Widerstandes der Führung der SPD nicht erfolgreich. Auf dem letzten Parteitag der SPD vor dem Ersten Weltkrieg (14.-20. September 1913 in Jena) standen zwei Anträge zur Massenstreikfrage zur Debatte. Der aus taktischen Gründen zurückhaltend formulierte Antrag der Linken, der »eine offensive, entschlossene und konsequente Taktik der Partei auf allen Gebieten« forderte, »die den Schwerpunkt des Kampfes bewusst in die Aktionen der Massen verlegt«, wurde u.a. von Ledebour, Karl Liebknecht, Luxemburg, Pannekoek und Zetkin unterstützt, jedoch mit 333 gegen 142 Stimmen abgelehnt, während die u.a. von Bernstein, David, Noske und Scheidemann begründete Resolution des Parteivorstandes, die mit der Generalkommission der Gewerkschaften abgestimmt worden war und auf Zurückdrängung des Massenstreikgedankens zielte, mit nur 2 Gegenstimmen angenommen wurde.*

Nach dem vom Mannheimer Parteitag (1906) bestätigten Beschluss des Jenaer Parteitages (1905) ist die umfassendste Anwendung der Massenarbeitseinstellung gegebenenfalls als eines der wirksamsten Mittel zu betrachten, nicht nur um Angriffe auf bestehende Volksrechte abzuwehren, sondern um Volksrechte zu erobern.

Die Eroberung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu allen Vertretungskörpern ist eine der Vorbedingungen für den Befreiungskampf des Proletariats. Das Dreiklassenwahlrecht entrechtet die Besitzlosen nicht nur, sondern hemmt sie in allen ihren Bestrebungen auf Verbesserung ihrer Lebenshaltung, es macht die schlimmsten Feinde gewerkschaftlicher Betätigung und sozialen Fortschritts, die Junkerkaste, zum Beherrscher der Gesetzgebung.

Darum fordert der Parteitag die entrechteten Massen auf, im Kampfe gegen das Dreiklassenunrecht alle Kräfte anzuspannen in dem Bewusstsein, dass dieser Kampf ohne große Opfer nicht siegreich durchgeführt werden kann.

Indem der Parteitag den Massenstreik als unfehlbares und jederzeit anwendbares Mittel zur Beseitigung sozialer Schäden im Sinne der anarchistischen Auffassung verwirft, spricht er zugleich die Überzeugung aus, dass die Arbeiterschaft für die Erringung der politischen Gleichberechtigung ihre ganze Kraft einsetzen muss. Der politische Massenstreik kann nur bei vollkommener Einigkeit aller Organe der Arbeiterbewegung von klassenbewussten, für die letzten Ziele des Sozialismus begeisterten und zu

jedem Opfer bereiten Massen geführt werden. Der Parteitag macht es deshalb den Parteigenossen zur Pflicht, unermüdlich für den Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zu wirken.